

borderline-europe

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.



STREIFLICHT

ITALIEN

Januar-April 2019

ITALIEN

- **Auswirkungen des Sicherheitsdekrets**
- **Statistik zu Dublin-Verfahren Deutschland-Italien**
- **Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung im zentralen Mittelmeer**
- **Versuche des Widerstands**
- **Neuerscheinungen zum Thema Migration und Italien**

Liebe Leser*innen,

seit der Veröffentlichung des letzten Streiflichts zur Situation in Italien steht das Land ganz im Zeichen des *decreto di sicurezza*, des Sicherheitsdekret, welches Ende November 2018 rechtskräftig geworden ist. Dieses Gesetz diskriminiert nicht nur Geflüchtete, sondern gefährdet grundlegende demokratische Rechte: So ist nun zum Beispiel eine unangemeldete Demonstration in Form einer [Straßenbesetzung ein Straftatbestand](#), der mit einer Haftstrafe geahndet werden kann. Einen (von populistischer Politik geprägten) Rechtsruck findet man zurzeit in vielen Ländern; die aktuelle Situation in Italien kann jedoch bereits als präfaschistisch bezeichnet werden.

Auswirkungen des Sicherheitsdekrets

Bereits im letzten Jahr berichteten wir über die durch das Dekret verschärfte [Asylrechtslage](#). Nun zeichnet es sich ab, dass es durch die neue Rechtssituation mehr und mehr irreguläre Migrant*innen gibt und geben wird, da weniger Menschen einen wirksamen Aufenthaltsstatus bekommen, der ihnen eine Integration ermöglicht. Das italienische Institut für internationale Politikwissenschaften (ISPI) gab Mitte Februar bekannt, dass zurzeit etwa [533.000 irreguläre Migrant*innen](#) in Italien leben. Zwischen Juni 2018 und Januar 2019 wurden 45.000 Asylanträge abgewiesen (doch "nur" 5.000 Menschen wurden in diesem Zeitraum ausgewiesen) und lediglich zwei Prozent aller Anträge wurden bewilligt – im Jahr 2017 waren es 25%. Auch die Unterbringung der Migrant*innen wird auf ein Minimum zurückgefahren, die Lebensumstände in den Aufnahmezentren verschlechtern sich und Zentren werden geschlossen. Dies führt dazu, dass Menschen von einem Tag auf den anderen verlegt und aus ihrem sozialen Umfeld [herausgerissen](#) werden. Andere, auch wenn sie schon im Besitz eines Schutztitels sind oder ihr humanitärer Aufenthalt nicht verlängert wird, werden von einem Moment auf den anderen sich selbst überlassen und obdachlos. Im Januar und Februar begannen die Schließungen zwei der größten Aufnahmezentren, die des Cara di Castelnovo di Porto (Rom)

und des Cara di Mineo (Catania, Sizilien). Auch von linkspolitischen Akteur*innen wird seit langem gefordert, diese Zentren zu schließen – aber nicht in der menschenunwürdigen Vorgehensweise der Regierung.



Kampf gegen Salvini, graffiti in Palermo

Das Dekret bewirkt dramatische Einschnitte im Leben von Individuen. So droht zum Beispiel einem vor allem aus jungen Asylsuchenden bestehendes Künstler*innenkollektiv das Ende: Das Start-up [Giocherenda](#) produziert Spiele mit Lerncharakter, die dem Austausch von Erinnerungen und Erfahrungen dienen. Der Erfolg dieser Spiele ist so groß, dass Giocherenda unter anderem ins Europaparlament eingeladen wurden. Diese Erfolgsgeschichte ist nun gefährdet, weil die jungen Unternehmer*innen durch die veränderte Rechtslage ihre Aufenthaltstitel verlieren könnten.

Fehlen Wege, sich auf legalem Wege in die Gesellschaft einzugliedern, führt dies zu Dramen wie in San Ferdinando in Kalabrien: In der dortigen Barackensiedlung, in welcher zuletzt etwa 900 Migrant*innen lebten, die "schwarz" in der Landarbeit beschäftigt waren, kam [Mitte Februar ein 25-jähriger Senegalese bei einem Brand ums Leben](#). Da dies nicht der erste Fall dieser Art war, wurde das Lager nun geräumt.

Statistik zu Dublin-Verfahren Deutschland-Italien

Die [Antwort zur Kleinen Anfragen der LINKEN](#) mit Schwerpunktfragen zum Dublin-Verfahren zeigt, dass es trotz rückläufiger Asylzahlen im Jahr 2018 einen deutlichen Anstieg der Über-

stellungen von Deutschland in andere EU-Mitgliedstaaten im Allgemein, vor allem aber nach Italien gab. Im Folgenden finden Sie einige Zahlen aus der Antwort (Januar bis November 2018)

Übernahmeersuchen von D an I
Übernahmeersuchen: 16.456
Zustimmungen: 15.357
erfolgte Überstellungen: 2.707

Übernahmeersuchen von I an D
Übernahmeersuchen: 2.133
Zustimmungen: 1.783
erfolgte Überstellungen: 117

Auch Selbsteintritte bzw. faktische Überstellungshindernisse, die zur Durchführung des Asylverfahrens in Deutschland (statt im „eigentlich“ zuständigen EU-Staat) führten, gab es am häufigsten in Bezug auf Italien:

Selbsteintritte Deutschland für Italienfälle

(Januar bis Oktober)

Total: 3.993

Herkunftsländer: Nigeria 2.200 - Syrien 286 - Eritrea 217 - Somalia 201 - Iran 175

Die **Erfolgsquoten** aus Sicht der Geflüchteten in gerichtlichen Eilverfahren gegen Überstellungen von Januar bis Ende Oktober zeigen: mehr als jede 4. Überstellung nach Italien wird von den Gerichten im Eilverfahren verhindert: (Januar bis Oktober)

abgelehnt	stattgegeben	Gesamt
5.964	2.138 = 26,4%	8.102

Auf die Frage, wie und wann die Überstellungen stattfinden, antwortete die Bundesregierung, dass es **keinerlei Einschränkungen** in Bezug auf Italien gebe, was aber nicht stimmen kann, liest man die Antwort des [Hamburger Senats vom 18.12.2018](#) auf eine kleine Anfrage an den Senat. Hier heißt es: „Rückführungen nach Italien wurden nicht gestoppt. Die Überstellungsmodalitäten, die von dem aufnehmenden Land vorgegeben werden, wurden

in den letzten Monaten erschwert. So werden nach aktuellen Informationen bis auf weiteres von der italienischen Seite keine Dublin-Chartermaßnahmen mehr akzeptiert. Einzelabschiebungsmaßnahmen auf Linienflügen sind weiter möglich. Darüber hinaus nehmen die italienischen Behörden aktuell keine Kinder unter drei Jahren auf, sodass entsprechende Familienverbände nicht überstellt werden können.“

Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung im zentralen Mittelmeer

Die EU und die italienische Regierung unterstützen weiterhin die Ausbildung der so genannten libyschen Küstenwache durch EUNAVFOR MED. Die italienische Abgeordnete des Europaparlaments Barbara Spinelli formuliert es so: "Sophia ist eine Militäroperation mit einer sehr politischen Agenda. Sie ist zu einem Instrument der Ablehnung geworden, um Milizen mit einem langen Strafregister zu legitimieren, verkleidet **als Küstenwache.**" In einem geleakten Bericht von 2017 findet sich der Vorschlag, der Operation die Erlaubnis zu erteilen, ihre Rettungsverantwortung auszusetzen, um sich auf ihre Maßnahmen zur Bekämpfung der Schlepperei zu konzentrieren.



„Danke für die Solidarität“, die Sea-Watch 3 in Catania Januar 2019, Foto: Borderline Sicilia

Die EU-Staaten ziehen sich aus der Verantwortung der Rettung und überlassen die Arbeit also faktisch Straftäter*innen, Seenotrettungs-NGOs hingegen wird das Leben schwer gemacht. Die Polemik gegen die Seenotrettungs-NGOs, sie würden mit Schlepper*innen zusammenarbeiten, nimmt kein Ende. Hat ein Schiff Geflüchtete an Bord genommen, wird tage- und wochenlang die Einfahrt in einen

Hafen verwehrt. So hatten über Weihnachten und Neujahr die Schiffe von Sea Watch und Sea Eye insgesamt 49 Migrant*innen gerettet, die erst am 9. Januar 2019 nach langem Hin und Her in Malta [an Land gehen durften](#). Zuvor hatten sowohl Italien als auch Malta ihre Häfen für die Schiffe gesperrt. Einer ähnlichen Schikane musste sich Sea-Watch kurz darauf erneut stellen: Am 19. Januar nahmen sie 47 Menschen an Bord, diese durften erst am 31. Januar in Catania das Schiff verlassen durften. Zwei Tage zuvor hatte die NGO den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingeschaltet und Syrakus, vor dessen Toren die Sea-Watch tagelang festlag, hatte sich bereit erklärt, die Geretteten aufzunehmen. Einen Ausführlichen Bericht zu den Geschehnissen finden sie [hier](#).

Konflikte zwischen den europäischen Staaten werden auf dem Rücken der Geflüchteten ausgetragen und die vereinbarten Umverteilungen der Geflüchteten finden nicht im vereinbarten Maße statt. So berichtete [die TAZ](#) kürzlich: „*Von den 185 aus Seenot geretteten Geflüchtete, die Deutschland sich seit Sommer 2018 aufzunehmen bereit erklärt hat, sind fast 100 noch immer in Italien und Malta.*“

Wird letztendlich eine Genehmigung zur Einfahrt erteilt, werden die Schiffe der NGOs unter dem Vorwand von durchzuführenden Kontrollen und anderen immer neu aufkommenden Vorwürfen in den Häfen festgehalten. Dies geschieht inzwischen in Malta und Spanien ebenso wie in Italien. [Der Einfallsreichtum der staatlichen Behörden](#), nicht nur der italienischen, scheint diesbezüglich unermesslich zu sein.

Die zivile Seenotrettung muss sich also weiterhin mit einer massiven Kriminalisierung auseinandersetzen, wohingegen die tatsächlichen Übeltäter häufig ungestraft davonkommen. So hatte das Ministerialgericht, zuständig für Klagen gegen Amtsträger*innen, in Catania versucht, Innenminister Salvini im Fall des italienischen Küstenwachtschiffes [Diciotti](#), dem das an Land Bringen von 177 Geretteten an Bord über 10 Tage nicht erlaubt wurde, wegen schwerer Freiheitsberaubung anzuklagen. [Doch die Regierungsparteien sprachen](#)

[sich gegen eine Aufhebung seiner Immunität aus.](#)

Die Abwesenheit von Seenotrettungsschiffen führt immer wieder zu schweren Unglücken: Am 18. Januar 2019 [ertranken 117 Menschen vor der libyschen Küste](#), dabei war den Seenotrettungsleitzentralen in Rom und in Tripolis bekannt, dass sich das Boot in Seenot befand. Die Kriminalisierung und die Auslagerung der Rettung an die so genannte libysche Küstenwache führt zu rückläufigen Ankünften in Italien, im Januar und Februar kamen nur 262 Menschen über den Seeweg – 2018 waren es im selben Zeitraum 5.427 Personen, [wie das italienische Innenministerium mitteilte](#). Diesen Rückgang von 95% verbucht Salvini als Erfolg seiner Politik und wird dafür von vielen Italiener*innen gefeiert. Doch das durch diese Politik verursachte Leiden der Geflüchteten wird nur ausgelagert, vor allem in die Haftzentren in Libyen.

Versuche des Widerstands

All dies ist erschreckend und deprimierend, umso wichtiger ist es, auch den Widerstand aufzuzeigen, der sich gegen die Politik der Regierung bildet. So kamen am 10. November 2018 im Rahmen von #Unteilbar (Indivisibili) 100.000 Menschen auf den Straßen Roms zusammen und am 26. Januar protestierten in Genua 10.000 Personen gegen das Sicherheitsdekret und für das an Land gehen der zu dem Zeitpunkt an Bord der Sea Watch blockierten Geflüchteten. Am 02. März schließlich demonstrierten 250.000 Personen unter dem Motto *Prima le persone* (Zuerst die Menschen) in Mailand, um ein Zeichen gegen die Politik der Regierung zu setzen. Städten wie [Palermo](#) und [Neapel](#) erklären ihre Solidarität mit Geflüchteten. Und aktuell haben bereits fünf italienischen Regionen (Basilikata, Piemont, Umbrien, Toskana, Emilia Romagna) Klage gegen das Sicherheitsgesetz eingereicht. Im Oktober 2018 wurde die zivilgesellschaftliche Plattform [Mediterranea](#) vorgestellt, die sich mit der Spanischen Organisation Pro Activa Open Arms und Sea Watch zu United4Med zusammengeschlossen hat. Lesen Sie [hier](#) mehr zum zivilen Ungehorsam in Italien.

Doch der Widerstand ist schwierig, viele Menschen lassen sich von der Rhetorik Salvinis verführen und schenken seinen zahlreichend Twitter-Meldungen und den Fake News Glauben. Eine für ein katholisches Land wie Italien ungewöhnliche Entwicklung ist, dass sogar der Papst in seiner Migrant*innen freundlichen Haltung zunehmend kritisiert wird. Und seitdem die neue Regierung in Amt ist, haben [rassistisch motivierte Angriffe](#) in Italien zugenommen.



Demonstration in Palermo, 9. Februar 2019

Neuerscheinungen zum Thema Migration und Italien

Um sich vertiefend zum Thema Migration und Italien zu informieren, empfehlen wir Ihnen den [Bericht der Schweizerischen Flüchtlingshilfe](#), der die Situation von Menschen, die im Rahmen der Dublin III Verordnung nach Italien zurückgeführt werden, betrachtet. Ebenfalls lesenswert ist der [Bericht von OXFAM und unserer Schwesternorganisation Borderline Sicilia](#), der aufzeigt, dass das Abkommen zwischen Libyen und Italien weiterhin Tote auf dem Mittelmeer und Menschenrechtsverletzungen verursacht. Und um über aktuelle Entwicklungen auf dem Laufenden zu bleiben, lohnt sich ein Besuch auf der Website von [In Limine](#), das wie auch [Borderline Sicilia](#) ein Monitoring der Situation an den europäischen Außengrenzen in Italien und dem Zugang zu Asylverfahren betreibt.

Kontakt

[borderline-europe](#)
Menschenrecht ohne Grenzen e.V.

<https://www.borderline-europe.de/>
mail@borderline-europe.de
jg@borderline-europe.de